

ohne weitere Befreiung von Paris aufgegeben werden kann. Die englischen Militärtribunale haben es unüberwindlich gemacht, daß nicht die Front Chateau-Thierry-Compiègne angegriffen wurde, da Chalons nicht leicht genommen werden kann. Die Deutschen hätten infolge des Festes der inneren Linie den Vorteil, gleichzeitig Orléans, Reims und Chalons bedrohen zu können. Der Kriegsberichterstatter des Corriere della Sera erklärt, die deutsche Oberste Heeresleitung habe sich nunmehr entschlossen, die Eroberung des unmittelbaren militärischen Sieges zu versuchen. Man müsse anerkennen, daß die Deutschen zur Ausführung des Planes nichts unterlassen und alle Kräfte nach den Regeln der Kriegskunst am richtigen Orte eingesetzt. Der Mailänder Corriere della Sera behauptet, daß es den Deutschen schon am ersten Tage der Offensive gelungen sei, einen wichtigen Brückenkopf in einer Seitenablenkung von 80 Kilometer auf dem linken Flügel der Marne herzustellen. Die Marne-Paris-Chalons sei durch ihn noch nicht gefährdet. Eine Frage bleibe offen, nämlich: ob die Deutschen in der Champagne nicht nur einen Scheinangriff beabsichtigt haben, den Hauptangriff aber gegen einen anderen Frontteil richten werden. Besonders sind es die Berichte der italienischen Blätter aus London, die überinstimmend diese Zweifel äußern.

Stegemanns Urteil.

Der Militärtribunal des Berner Bund schreibt zu dem neuen Offensivplan: Es handelt sich für den Angreifer darum, die in der Linie Reims-Moronvilliers-Tahure-Waiffes stehenden Hauptkräfte der Champagnearmee in schweren Kämpfen zu vertreiben und die französischen Reserven wiederum in andere Richtung zu ziehen. Geographisch läßt sich die Angriffsbewegung als ein Versuch bezeichnen, die Franzosen von den Champagnehöhen gegenüber der großen Höhenstraße auf die Vesle und über die Ardre gegen das Marnebecken zu drücken und Reims von der Seite zu bedrohen und möglichst zu umfassen. Damit würde die französische Argonnenfront und die Verbindung von Verdun mit der Pariser Hauptstellung von neuem gefährdet. Die Schlacht gibt sich als eine folgerichtige Teiloperation großen Stils zu erkennen. Die Franzosen haben als Verteidiger das Bestreben, die Querlinie möglichst unverändert zu erhalten, und müssen die Linie zwischen Reims und Chalons unter allen Umständen halten. Ein Durchbruch bei Spornay-Chalons oder gar bei St. Mihiel-Meusebaud würde schwere Schäden in die zur Wehrstellung gewordenen Stellungen des Jahres 1916 reißen.

Luftangriff auf Pola.

Aus Wien wird amtlich gemeldet: Am 17. Juli in den Morgenstunden wurde Pola von mehreren Geschwadern feindlicher Land- und Seeflugzeuge mit ungefähr 200 Bomben belegt. An Opfern sind zwei Lotsen (Zivilarbeiter) und mehrere Verletzte zu beklagen. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Italienische Offensivabsichten?

Nach Zürcher Tagesanzeiger soll Diaz kürzlich in Beneidig gesagt haben, die nächsten Wochen würden für die italienischen Kriegsziele entscheidend sein. Die Neußerung weise auf große italienische Offensivabsichten hin.

Welchen für die italienische Front?

Andeutungen in den Militärkritiken der großen Weltblätter am Ende der letzten Woche lassen den Schluß zu, daß sich die Entente um griechische Truppenkontingente für die italienische Front bemüht.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amlich. (Drahtmeldung.) Aus stark gesicherten Geleitszügen versenkten unsere Unterseeboote im Mittelmeer vier Dampfer von rund 16000 BRT., ein Dampfer von mindestens 6000 BRT. wurde durch Torpedoschuß schwer beschädigt, konnte aber noch zu einem nahen Hafen einlaufen. Außerdem wurden vier kleinere Segler versenkt.

(Drahtmeldung.) Der Brennpunkt des Krieges zur See liegt an der englischen Küste und auf den Zufahrtsstraßen zu dem Großbritannischen Inselreich. Daraus erklärt es sich, daß in den Sperrgebieten immer noch genügend Schiffe verkehren, die aus aberscheischen Häfen herausgenommen sind. Unser Hilfskreuzer Wolf hatte in den australischen Gewässern die Wahrnehmung gemacht, daß der dortige Verkehr zum Teil mit Aufwindampfern oder mit alten Segelschiffen bewerkstelligt wird, weil die besten Ozeanschiffe zum europäischen Verkehr herausgezogen sind. Die australische Zeitung Sun schrieb kürzlich über das Alter der in den dortigen Gewässern verkehrenden Schiffe, einige der letzten nach Sidney eingelaufenen Segler seien die ältesten der Welt gewesen. Ein Schiff, welches 48 Jahre auf dem Meere hatte, war früher ein berühmter Dampfer gewesen und wurde nach Ausbruch des Krieges zu einem Segelschiff umgestaltet, als es bereits zum Abbruch verkauft war. Die Zeitung betont, daß man in Australien heutzutage jedes Schiff als neu betrachtet, welches weniger als 20 Jahre alt ist. Infolge des großen Schiffsbaumangels könnten selbst die ausgebildeten Schiffe mit Erfolg nutzbar gemacht werden. Obwohl sie sehr langsam seien in schwerem Wetter geht und vielfach in den Bestimmungen ausgebaut werden müßten, machten sich die auswendigen Mittel doch wieder reichlich bezahlt. Ein solches altes Segelschiff hätte vor kurzem eine Ladung Benzin und Petroleum in Blechtüben aus einem amerikanischen Hafen am Stillen Ozean nach Australien und Deutschland gebracht. Eine die noch in Australien zu sehen

Frachtgebühren hätte das betreffende Schiff in den letzten zwei Monaten einen Reingewinn von 1,5 Millionen Mark gehabt, was einer Tagesernte von 25 000 Mark entspricht.

Wichtige englische Nachrichten über den belgischen Wetstillstand.

Im englischen Unterhaus richtete Bellair an die Regierung die Frage, ob die holländische Regierung genügend begriffen habe, daß England ohne jeden Zweifel das Recht ausüben werde, alle Schiffe des holländischen Geleitzuges, wenn sie auf der Rückreise oder eventuell sich auf einer anderen Reise befinden, nach ihrer Ankunft in den holländischen Kolonien anzuhalten oder zu untersuchen. Balfour antwortete, indem er die gestellte Frage bejahte. Der kürzlich veröffentlichte Briefwechsel läßt seiner Meinung nach bezüglich dieses Punktes keinen Zweifel mehr zu.

Die Intervention in Sibirien.

Die News Rev. gibt eine Meldung des Echo de Paris aus London wieder, daß nach Berichten aus Tokio zwischen den Vereinigten Staaten und der japanischen Regierung in der Frage der Intervention der Alliierten ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden sei.

Die tschecho-slowakische Armee in Sibirien.

Dies gibt eine von den Londoner Blättern verbreitete Meldung aus Amsterdam wieder, in der es heißt: Die Tschecho-Slowaken sind Herren der Gegend zwischen Tomsk und Tschardentir, einem Gebiete von 800 Kilometer. Die in dieser Gegend kämpfenden Tschecho-Slowaken sollen sich den Namen Schwarze Brigade beigelegt haben. Im Transbaikalgebiet haben die Roten Garden zu einer Gegenoffensive eingesezt, die in der Hauptache auf die Wiedereroberung des östlich von Tschita gelegenen wichtigen Eisenbahnknotenpunktes Karaskaja abzielt. Der Kampf geht mit wechselndem Erfolg hin und her. Die Bolschewiki machen die größten Anstrengungen, sich in der Besitz des Platzes zu setzen, der ihnen die Verbindung über das Eisenbahngesetz des Transbaikalgebietes wiedergeben würde.

Die Tschecho-Slowaken in Jaroslaw.

Den letzten in Moskau eingetroffenen Nachrichten zufolge ist Jaroslaw in den Besitz der Tschecho-Slowaken geraten. Um den Besitz der Stadt wurde zwischen den Roten Garden und den Tschecho-Slowaken schwer gerungen und sie wechselte in den Kämpfen mehrmals den Besitzer. Schließlich gelang es den letzteren mit Hilfe von Wolodga herbeigerufenen Verstärkungen sich im Besitz des strategisch wichtigen Platzes zu behaupten. Infolge der unmittelbaren Bedrohung Moskaus durch die Eroberung des Gouvernements Jaroslaw durch die Tschecho-Slowaken trifft die Sowjetregierung umfassende Maßnahmen zur Verteidigung ihrer wichtigsten Stützpunkte. Moskau wie Petersburg werden von den Roten Garden in aller Eile für eine etwaige Belagerung instandgesetzt und mit Verteidigungswerken versehen. Die Lage der Bolschewiki wird im Fall einer Belagerung sehr kritisch beurteilt. Zwar sind sie militärisch durchaus in der Lage, sich längere Zeit zu behaupten, doch glaubt man, daß sie durch die Verpflegungsschwierigkeiten in große Schwierigkeiten geraten können.

Eine litauische Armee marschiert auf Petersburg.

Wie das litauische Pressebureau in Rausanne mitteilt, hat eine 35 000 Mann starke litauische Armee des Generals Klimaitis, bestehend aus ehemaligen Soldaten der russischen Armee, Litwist eingemommen, nachdem sie den Truppen der Sowjets, die sich vergeblich bemühten, den Vormarsch der Litauer aufzuhalten eine schwere Niederlage zugefügt hatten. Zahlreiche Freiwillige strömen der Armee des Generals Klimaitis zu, der auf Petersburg marschiert, indem er die bolschewistische Armee auf ihrem ungeordneten Rückzug verfolgt.

Neue Truppenbewegungen an der Warmanflisse.

Die Zürcher Zeitung meldet von der schweizerischen Grenze: Täglich findet die Landung neuer Truppen vor Entente an der Warmanflisse statt. Aufschmelzen sollen hier die Stützpunkte für größere operable Ziele errichtet werden. Englische Kriegsschiffe patrouillieren außerhalb der Warmanflisse.

Der Jahrestag der Friedensresolution.

(Drahtmeldung.) Der Vorwärts erinnert an die heute (10. Juli) vor einem Jahre im Reichstag erfolgte Annahme der Friedensresolution und schreibt u. a.: Die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli zeigt die Richtlinien, die nicht nur einer höheren Gerechtigkeit, sondern den dringlichsten Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprechen. Wege, die von ihnen abführen, sind Abwege die gefährlich sind. Die Gegner der Reichstagsentscheidung haben sicher nicht geglaubt, daß heute, ein Jahr nach ihrer Annahme, der Kriegswille der Gegner noch ungebrochen sein würde. Sie sollten sich nicht länger der Einsicht verschließen, daß es niemals die militärischen Mitteln allein sein können, die der Welt den Frieden wiederbringen, sondern daß es zu diesem Zweck auch einer Annäherung der Gesinnung der Völker bedarf. Hierzu war die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli ein Schritt, und dies bleibt ihre geschichtliche Bedeutung. Germania erklärt, die Friedensresolution hätte eine nicht unannehmbare Grundlage für den Frieden nach allen Seiten abgeben können, wenn die vom Reichstag befundene Auffassung bei unseren Feinden ebenfalls vorhanden gewesen wäre. Daran hat es aber gänzlich gefehlt und fehlt es auch heute noch. Wenn wir Deutsche von Menschheitsidealen und gemeinsamen Interessen reden, dann sind wir stets selbst von dem inneren Überzeugen, was wir vertreten. Welches und maßgebende Anteil des feindlichen Auslandes aber demgegenüber diese Dinge nur als Dornen für ihre Machtgeheiß auf Deutschlands Köpfe für die Eroberungspolitik, von der sie nicht lassen wollen.

Neutrale Vermittlungsversuche.

In der schweizerischen Presse erscheinen vermehrte Telegramme und Informationen von neutralen Diplomaten, die mit Bestimmtheit von einem Kollektivschritt der neutralen Regierungen bei den Kriegführenden anlässlich des fünften Jahrestages des Kriegsausbruches und von einer diesem Schritt parallel laufenden neuen Friedensbotschaft des Papstes an die Herrscher der Kriegführenden Ränder.

Reims englisch-österreichische Friedensabspredungen.

Die Basler Nachrichten melden: Die englische Gesandtschaft in Bern ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Behauptung über angebliche englisch-österreichische Friedensabspredungen jeglicher Grundlage entbehrt. Laut Behauptung sollte Oesterreich-Ungarns Gesandter im Haag sich kürzlich nach Wien begeben haben und bestimmte Vorschläge mit sich geführt haben, die ihm sowohl von englischer als auch von französischer diplomatischer Seite gemacht wurden.

Die Wirkung der Kanzlererklärung.

Zur Erklärung des deutschen Reichskanzlers über Belgien schreibt das Journal des Débats: Die belgische Frage bleibe ein unausweichliches moralisches Problem. Graf Hertling habe zwar noch nicht ganz klar gesprochen und die Hauptthesen der Erklärung beibehalten, aber aus der Erklärung gehe hervor, daß der Kanzler von der künftigen Unabhängigkeit Belgiens gesprochen habe, was seinen Gegnern jedoch nicht genüge. Journal du Peuple beurteilt die Erklärung ganz anders. Der Reichskanzler habe einen Schritt von größter Bedeutung unternommen und mit größter Klarheit gesprochen. Noch niemals habe man während des Krieges eine so unzweideutige Verpflichtung gehört. Der Boden für Verhandlungen sei gesäubert. Wenn die Alliierten in der belgischen Frage Verneinung (1) erzielten, sei die allgemeine Verständigung in hohem Maße erleichtert. Man brauche jetzt nur noch die deutschen Absichten bezüglich der ehemaligen russischen Provinzen (2) zu kennen, an denen die Alliierten gleichfalls interessiert seien. Wenn die dort herrschenden Zustände weiter ausgebaut werden sollten, wäre der Friede allerdings noch fern. (WZ.)

Amerika und Burians Erklärung.

Der Berichterstatter der Associated Press meldet, die allgemeine Auffassung der amtlichen Kreise über Graf Burians Mitteilung gehe dahin, daß die beabsichtigte nähere Verbindung mit Deutschland ihn zu der vergeblichen Hoffnung bringe, ein deutscher Erfolg werde die Entente zu Friedensverhandlungen geneigt machen. Während die abgegebene Erklärung ein Wachen der Furcht der österreichischen Regierung vor den Südslawen, den Tschecho-Slowaken und anderen nationalistischen Bewegungen in der Doppelmonarchie erkennen lasse, läßen die amerikanischen amtlichen Kreise nichts Neues in diesen Eröffnungen.

Reine politische Meldungen.

- Ukrainische Spende für deutsche Soldatenfamilien. Auf Anordnung des Hetmans Skoropadsky hat die ukrainische Regierung 20 000 Mark den Familien der drei bei der Explosion in New Gedenien und eines vermißten Soldaten (je 5000 Mark jeder) und den liegten verletzten Soldaten (10 000 Mark) ausgezahlt. Generalfeldmarschall v. Eichhorn hat dem Hetman seinen Dank dafür ausgesprochen.
- Die Kohlensteuer in Ungarn. Ein im ungarischen Abgeordnetenhause eingebrachter Beschlusstext über die Kohlensteuer bestimmt, daß alle Schwarz- und Braunkohlen, sowie die aus Schwanz- und Braunkohlen hergestellten Brennstoffe und Aste mit 20prozentigem Wert der Kohle zu besteuern sind.
- Die irische Frage im Unterhaus. Aus London wird gemeldet: Daily News melden aus Dublin, daß die irischen Unterhausmitglieder abgereist sind nach England, um im Unterhaus anwesend zu sein. — Dillon hat die Wähl, die Frage der irischen Politik auf die Tagesordnung zu setzen.
- Die parlamentarische Lage in Oesterreich. Nach den letzten Informationen dürfte durch die Beschäfte vom Mittwoch die Möglichkeit bestehen, eine kleine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeit zu gewinnen. Auf alle Fälle wird das Kabinett Seidler es auf eine Abstimmung ankommen lassen. Die Gerichte von einem eventuellen Rücktritt sind unbegründet.
- Dr. Schiffer und der Reichsfinanzhof. Gegenüber der Meldung, Unterstaatssekretär Dr. Schiffer solle für die Berufung zum Präsidenten des neuen Reichsfinanzhofes im Reichsgericht in Frage kommen, wird einem Berliner Blatte zufolge förmlich erklärt, daß an maßgebender Stelle über die Berufung für den genannten Posten bisher noch mit niemandem verhandelt worden ist.
- Die holländische Kabinettskrise. Das holländische Blatt Standard, das Organ des früheren Staatsministers Ruysse, gibt, daß Dr. Rolens den Auftrag zur Bildung eines neuen holländischen Kabinetts abgelehnt habe. Voraussetzungen werde jetzt der Abgeordnete Hendrik mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden. Er soll ein Koalitionskabinet zustande bringen. Erst wenn dieses durch den Widerstand einer Partei, beispielsweise der sozialistischen, nicht zustande kommen sollte, werde zur Bildung eines rechtshexen den Ministeriums übergegangen werden.
- Protektoren englischer Lehrerinnen. (Drahtmeldung.) Wie allgemein Handelsnachricht aus London erzählt, droht ein Protektoren der Lehrerinnen, weil der Grafkapitel sich geweigert hat, die Gehälter zu erhöhen. Ungefähr 12 000 Lehrerinnen sind an dieser Bewegung beteiligt und 1200 Schulen werden geschlossen werden.
- Verantwortung des polnischen Ministerpräsidenten. (Drahtmeldung.) Ministerpräsident Dr. von A. Stojewski ist, wie wir erfahren, ernstlich erkrankt und seit zwei Tagen ans Bett gefesselt. Er leidet an der spanischen Grippe, in Warschau als Ukraina bekannt. Die angelegten Ministeratsitzungen wurden verschoben.
- Wandatsniederlegung. (Drahtmeldung.) Wie die Berliner Blätter melden, legte der Reichstagsabgeordnete von Bonin-Wahrendorf (kons.) sein Mandat nieder, weil der Reichstag die Genehmigung zu seiner Strafverfolgung wegen angeblicher Steuerhinterziehung verweigert hat. In einer öffentlichen Erklärung sagt Bonin, die Schuld an der Festhaltung der Wähler trifft die Mitglieder des Reichstages, die auf den guten Ruf der Mitglieder keinen Wert zu legen scheinen.

Aus dem Königreich Sachsen.

Verbot, waise Kartoffeln auszuheben. Die Rücklicht auf die bevorstehende Frühkartoffelernte bringt das Ministerium des Innern die Bestimmungen der vorjährigen Bundesratsverordnung über die Kartoffelverföhrung im Wirtschaftsjahr 1917/18 zur allgemeinen Kenntnis mit dem Hinweis darauf, daß ein Verbot gegen die Verkauf, Kartoffeln lediglich zu ernten, vorliegt, wenn Kartoffeln unreif aus der Erde entnommen werden. Nach der erwähnten Bundesratsverordnung sind die Kartoffel-